

Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal

Ämliches Verordnungsblatt



Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 8.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie“ 9.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowitsch, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Breite 45 mm breit) oder deren Raum 80 Hrs. die Reklamazeile (Breite 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowitsch, Steinheim i. Westf.

Nr. 83.

Steinheim, Sonnabend, den 13. August 1921.

28. Jahrgang.

Im Eifer des Gefechtes.

Manchmal hat man das Gefühl, als ob die Hölle losbräche, die Verfallenen beging, als das Friedensgebot über alle Selbstbestimmungsgrundsätze hinwegsetzte, zu groß ist, als daß sie auf die Dauer auch in den feindlichen Ländern nicht als schreiendes Unrecht erkannt würde. Da indessen die freiwilligen Angehörigen dieser Art bei der Weisung der Pariser Tagung des Obersten Rates der „Liberie“ in ihrer Polemik gegen die oberösterreichische Politik Englands entzündet. Das Blatt sagt, wenn England in Bezug auf Oberschlesien geschlagen werden dürfte, dann hätte man das auch nicht an anderer Stelle tun dürfen. Dann hätte man Deutschland nicht Deutschböhmern und Südböhmen, nicht Danzig und Posen und nicht das Industriegebiet Oberschlesiens nehmen dürfen. Das sagt im Grunde eines französischen Chauvinistenblattes genug, und beweist, wie man da drüben erkennt, daß mit dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in Versailles Schindluder getrieben wurde. Dabei schweigt die „Liberie“ noch ganz vom Saargebiet, von Eupen und Namur, von den deutschen Städten Nordbrabant, wie Lüttich, von Maastricht und dem holländischen Rand, es schweigt davon, weil dann zu viel des Unrechts genannt werden müßte, das in Versailles am Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes begangen wurde. Clemenceaus Friedensplan ging ja nur darauf hinaus, allen Raubparten Deutschlands gegen deutsche Bundesangehörigen, damit sie dauernd in eine feindliche Stellung zu Deutschland getrieben wurden, ist es doch lediglich der bisher deutschen holländischen Politik zu verdanken, daß der deutsche linke Niederreith von Klebe bis Geldern nicht an Holland kam gegen Austausch einiger Quadratkilometer Scheidungsland an Belgien. In Bezug auf Holland ist denn auch die einzige Bude in dem Ring der Nachbarstaaten Deutschlands geblieben, die sich nicht mit geraubtem deutschem Land in einen Gegenstand zu Deutschland haben bringen lassen. Sonst aber reicht sich ein „Erfolg-Vortrag“ an das andere, und ein geräuschtes Oberösterreich würde nur ein großes Unrecht mehr am Selbstbestimmungsrecht der Völker sein. In England hat man das aus Gründen erkannt, die mit irgendwelcher Deutschfreundlichkeit nichts zu tun haben, in Frankreich aber möchte man Unrecht an Unrecht reihen, nur um die „Rebanche“ zu vermeiden, für die man die deutsche Volksstimme reif hält wohl aus dem Gefühl heraus, daß das an deutschen Völkern begangene schändliche Unrecht doch eigentlich auf die Dauer zu nichts anderem als zum Raubkrieg führen könne. Unrecht wieder gut zu machen und dadurch den Haß aus der Welt zu schaffen, ist allem Anschein nach nicht französische Art.

Lloyd Georges Standpunkt.

Anteilbarkeit des Industriegebietes.
Die zweite Sitzung des Obersten Rates in Paris wurde in der Hauptsache durch ein Rededuell zwischen Lloyd George und Briand ausgefüllt, wobei ersterer sich bemühte, sachlich zu bleiben, während Briand sich für seine polnischen Freunde einsetzte. Lloyd George wies mit nachdrücklichem Ernst darauf hin, daß der Selbstfriede von der Entscheidung über Oberschlesien abhängt und erklärte:

„Die Regelung der Frage könne nicht auf Kosten der Mehrheit der schlesischen Bevölkerung erfolgen. Zur näheren Kennzeichnung dieser Mehrheit entwickelte Lloyd George die Geschichte Oberschlesiens, das zum Teil deutsch und zum Teil überwiegend polnisch gewesen sei. Deshalb habe man im Verlaufe der Friedenskonferenz nicht zugegeben, daß seine Bevölkerung ein homogenes Ganzes darstelle. Diese Ansicht sei durch das Ergebnis der Volksabstimmung bestätigt worden. Man dürfe nicht aus Oberschlesien ein neues Elsaß-Lothringen machen. Die gesamte Bevölkerung von 5200 000 enthalte nur 1200 000 Polen. Das britische Reich würde niemals eine Lösung annehmen, die darauf keine Rücksicht nehme.“

Die Darlegungen Lloyd Georges haben auf die Konferenzteilnehmer und natürlich auch auf die Pariser Presse erheblichen Eindruck gemacht. Letztere ist sehr verstimmt über die entschiedene Haltung des englischen Ministerpräsidenten.

Erneute Prüfung.

Der Vorschlag Lloyd Georges, die oberösterreichische Frage durch die Sachverständigen sofort noch einmal überprüfen zu lassen, wurde angenommen. Es soll dabei geprüft werden:

Erstens: Alle Stimmen müßten für die Zuspaltung des Gebietes an die eine oder andere Macht gefällt werden. Die Zuspaltung könne nicht gemeindeweise erfolgen, sondern entsprechend der Mehrheit, die sich herausgebildet habe. Zweitens: Einzig und allein das Industriegebiet würde als unteilbares Ganzes betrachtet, das das Herz Oberschlesiens sei. Die

Industriezone, die viel ausgedehnter sein sollte, als es der französische Vorschlag vordränge, sei eine künstliche Schöpfung. Das Industriegebiet müsse Deutschland zugesprochen werden, das dort die Mehrheit erlangt habe. Drittens: Die industriellen Gemeinden seien voneinander untrennbar, denn sie bildeten eine eigene wirtschaftliche Einheit.

Lloyd George sagte zum Schluß: Im letzten Kriege wurde Frankreich wegen der Gerechtigkeit seiner Sache gerettet. Es vermochte die ganze Welt um seine Fahnen zu führen. Die ganze Welt wird sich jederzeit wieder an die Seite Frankreichs stellen, wenn es ungerechterweise angegriffen wird. Aber kein Volk — das englische Volk — einbezogen — kann sich in einen Krieg hineinziehen lassen, der ihm provoziert erscheint, oder zugeben, daß ein Allierter in der Stunde des Sieges seine Gewalt mißbrauche oder die Gerechtigkeit verleihe. Frankreich könne nur dann gesichert sein, wenn es sagen kann, daß es, als es mächtig war, weder seine Macht noch die Prinzipien der Gerechtigkeit mißbraucht habe.

Verband mit dem „Brochhaus“.

Der französische Ministerpräsident Briand ließ wieder seine tönenen Phrasen vom Stapel. Man dürfe keinen „privilegierten“ Besiegten schaffen, dem es besser gehe, wie dem Sieger, meinte Briand. Als Zeugen dafür, daß Oberschlesien kein deutsches Land sei, zitierte er das deutsche „Konversationslexikon von Brochhaus“. Sein Wort steht davon in dem Verfall. Dieses stellt vielmehr ausdrücklich fest, daß nur ein einziger Punkt der Bevölkerungsschließung als Polen anzusprechen ist. Weiter vertritt Briand:

Man habe die Ausgewanderten abstimmen lassen und ihre Stimmen könnten doch nicht den gleichen Wert haben wie die Stimmen der Einbürger, die im Lande geblieben seien und viel mehr interessiert an dem endgültigen Schicksal ihrer Heimat seien. Von den 200 000 Ausgewanderten, die an der Abstimmung teilgenommen hätten, hätten 180 000 für Deutschland gestimmt. Im ganzen genommen habe das Ergebnis der Volksabstimmung gezeigt, daß der deutsche Bewohner im Westen, der polnische im Osten wohne. Geographisch genommen sei also die Lösung leicht und wirtschaftliche Fragen kämen nur im polnischen Teile in Betracht. Es gebe bedeutende deutsche Industriezentren. Indem man einige von diesen Industriezentren gruppiert habe, habe man das Industriegebiet erreicht. Aber um zu beweisen, wie künstlich diese Schöpfung sei, genüge es, daran zu erinnern, daß es 1870 in Kattowitz nur ein Gasthaus gegeben habe. Im Industriegebiet hätten die Polen 30 000 Stimmen Mehrheit erzielt. Die ethnographischen Ermäßigungen müßten vorherrschen. Sie hätten die französische Regierung geleitet, und in ihrem Entwurf erhalte Deutschland die Mehrheit der Stimmen, die für Deutschland gestimmt hätten, aber auch Polen. Der englische Plan jedoch habe diesen Vorzug nicht, denn er wolle 70 Proz. der polnischen Stimmen Deutschland übertragen, während er nur 11 Proz. der deutschen Stimmen Polen zuspreche. Lloyd George habe vorab bemerkt, damit das Industriegebiet leben könne müsse man die Industriezentren der künftigen Bevölkerung angliedern. Wenn diese Arbeit gemacht werde, bleibe das Dreieck trotzdem eine Enklave in der polnischen Masse, und um es dem deutschen Gebiet anzugliedern, stelle sich die Frage des Korridors.

Die Vertreter der übrigen Staaten faßten sich kurz. Der italienische Ministerpräsident Bonomi apellierte im Namen Italiens an die Solidität der Alliierten, um zu einer einstimmigen Entscheidung zu gelangen. Der Vertreter Japans Baron Hayashi drückte den Wunsch aus, daß eine Einigung über eine gemeinsame Formel gefunden werde.

Verteuerte Lebenshaltung.

Steigende Indizes.

Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten, die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete berechnet wird, ist im Monat Juli beträchtlich gestiegen. Sie beträgt 963, während sie im Vormonat 896 und im Januar dieses Jahres, dem bis jetzt teuersten Monat, 924 erreicht hatte. Zu der Steigerung haben im Berichtsmonat Preiserhöhungen für fast alle Nahrungsmittel, besonders für Hülsenfrüchte, Getreide, Eier und Milch beigetragen. Vor allem fallen aber bei der Zusammenfassung der Berechnungen zugrundeliegenden „Normalration“ für die Feststellung der Reichsindizes die infolge der außergewöhnlichen Witterungsverhältnisse stark in die Höhe gegangenen Preise für Gemüse und Kartoffeln neuer Ernte sehr ins Gewicht. Die Bewegung innerhalb des Reiches war, im Gegensatz zu den Vormonaten, ziemlich einheitlich. In fast allen Erhebungsgemeinden war eine Steigerung der Lebenshaltungskosten festzustellen.

Vorbereitungen der Reichsregierung.

Bei seinem Zusammentritt im September wird sich der Reichstag voraussichtlich sofort mit einer Angelegenheit von weittragender Bedeutung befassen haben. Die Reichsregierung ist schon seit einiger Zeit in eine Prüfung der Frage getreten, inwieweit vorläufig demnach die Preissteigerung, die Steigerung der Miete und die Ausnutzung der

Steuererhebung, zum Beispiel eine etwaige Verteuerung von Kohle, Gas usw., eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung herbeiführen werden, und inwieweit dem bei der durch die Reparation auf äußerste angespannten Finanzlage des Reichs durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu begegnen ist. Da diese Frage auch für die Länder von einschneidender Bedeutung ist, wird sie nicht ohne Vorarbeiten mit den Landesregierungen geregelt werden können. Es ist zu erwarten, daß schon in kurzer Zeit die erforderlichen Verhandlungen beginnen werden, so daß dem Reichstag nach den Ferien bereits feste Vorschläge unterbreitet werden können.

Beginnende Lohnbewegungen.

Die Eisenbahner fordern zur Neuverteilung ihrer Lohn- und Gehaltsätze, die sie angesichts der bevorstehenden neuen Steuererhebung für nötig halten, die Einsetzung eines Verhandlungsausschusses.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund erhebt einen Aufruf, in dem er seine Mitglieder und alle Arbeiter und Arbeiterinnen im Reich auffordert, bei den bevorstehenden Lohnbewegungen einig und geschlossen in den Gewerkschaften zusammenzutreten. Der Aufruf betont, die Gewerkschaften seien sich der Tatsache voll bewusst, daß die nunmehr leider notwendig gewordenen beträchtlichen Lohn- und Gehaltssteigerungen außer neue Preiserhöhungen mit sich bringen. Sie hätten schon früher nachdrücklich betont, daß sie nur mit Widerstreben diesen ungesunden Kreislauf mitmachen, und sie würden mit verstärkter Kraft ihre Bemühungen fortsetzen, die weitere Entwicklung der Dinge so zu beeinflussen, daß man endlich aus dem verhängnisvollen Zirkel herauskomme. Solange dies jedoch nicht gelungen sei, bleibe der Arbeiterschaft nichts übrig, als sich durch ausreichende Lohnsteigerungen einen Ausgleich für die fortgesetzte Verteuerung zu schaffen.

Auch in München haben infolge der bevorstehenden großen Verteuerung der Lebenshaltung verschiedene Lohnbewegungen begonnen. So sind auf den wichtigsten Münchener Baustellen die Bauarbeiter in den Streit getreten, um auf die Arbeitgeber einen Druck auszuüben, damit sie sich in Verhandlungen vor dem Landeseinigungsamt einlassen. Gefordert wird die Bewilligung einer Stundenlohnsteigerung von 1,50 Mark. Auch im Münchener Großhandel ist eine Lohnbewegung im Gange.

Politische Rundschau.

— Berlin, 11. August 1921.

— Durch Verfügung des braunschweigischen Ministers sind 54 Schupo-Beamte, die der Organisation „Stahlhelm“ angehören, entlassen worden. Ihre Plätze werden voraussichtlich von linksradikalen Elementen ausgefüllt werden.

— In der Angelegenheit der Beschiebung der deutschen Minensuchboote in der Kola-Bucht hat Sigor Kopp im Auswärtigen Amt eine Erklärung namens der Sowjetregierung abgegeben. Das Auswärtige Amt hatte bereits durch Funkpruch ein Ersuchen um Ausklärung nach Petersburg geschickt.

— Die Reparationskommission ist zufrieden. Die Agentur Havas berichtet, daß die Reparationskommission die deutschen Verpflichtungen vom 1. August für erfüllt ansieht, mit Ausnahme der Kohlenlieferungen, die seit drei Monaten nicht mehr in der vorgeschriebenen vollen Zahl abgeliefert worden seien. Seit jener Zeit datiert der Polenaustand in Oberschlesien, der unsere Kohlenförderung erheblich beeinträchtigt.

— Auf Kosten Deutschlands! In dem Bestreben, möglichst große Truppenteile im besetzten Gebiet stationieren zu können, hat das Oberkommando der französischen Rheinarmee in Mainz in der Stadt Oberlahnstein eine Garnison für ein französisches Regiment errichtet. Auf Kosten Deutschlands werden für den Bau einer Kaserne und für Offizierswohnungen etwa 40 bis 50 Millionen Mark ausgegeben werden. Dies Beispiel ist ein neuer Beweis für die Tatsache, daß Frankreich einen Teil seiner Kosten für die Unterhaltung seiner Armee auf die Schultern Deutschlands abzuwälzen bestrebt ist.

— Zugenvernehmung im Fall Langevin. Halbamlich wird mitgeteilt: Wegen des Zwischenfalls mit dem französischen Kapitän Langevin, der, wie bereits gemeldet, unlängst auf der Station Spandau aus dem Zug Berlin-Norddeich durch Polizeibeamte entfernt wurde, fand im Berliner Polizeipräsidium die Vernehmung einer Reihe von Zeugen statt. Alle Zeugen, die als Reisende bei dem Vorfall zugegen waren, sagten übereinstimmend aus, daß Langevin provozierend aufgetreten sei. Das Verhalten der Beamten der Eisenbahn und der Schutzpolizei sei dagegen durchaus ruhig und korrekt gewesen. Die Entfernung des französischen Offiziers aus dem Zuge sei notwendig geworden, weil die Erregung der Reisenden infolge des Verhaltens Langevins sich so gesteigert habe, daß Tätlichkeiten nicht ausgeschlossen schienen.

— Neue Schikanen im besetzten Gebiet. Die Verkehrsperre für Kraftwagen, die dieser Tage an der Grenze des Zollgebietes verhängt wurde, scheint der französischen Behörde als Einnahmequelle zu dienen, denn die Kontrollposten auf den verbotenen Straßen sind ermächtigt, den angehaltenen Automobilführern die Weiterfahrt gegen Entrichtung einer Gebühr von 800 Mark zu gestatten.

Ich empfehle mich zur Anfertigung von

Aussteuern und Wäsche

im eigenen Atelier.

Um der werten Kundschaft einen Beweis meiner Leistungsfähigkeit zu bringen, bitte ich um Besichtigung meiner Schaufenster.

Steinheim

C. Schrader jun.

Bergheim

Todes-Anzeige!



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 8 Uhr meine innigstgeliebte Frau, unsere gute treusorgende Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Ehefrau Maria Döhre

geb. Lüdige

nach längerem, schweren mit Geduld ertragenem Leiden, wohl vorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel und gestärkt durch den Empfang der hlg. Sterbesakramente, im Alter von fast 52 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Dieses zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme und ein Gebet für die liebe Verstorbene tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Steinheim, den 10. August 1921.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 4.30 Uhr statt; das feierliche Seelenamt ist Mittwoch morgen 7.15 Uhr.

Die Verstorbene war Mitglied des Müttervereins.

Zurückgekehrt

Augenarzt

Dr. Pape
Detmold.

Mitesser

Patent-Medizinale-Tabletten
rasch und zuverlässig Zucker-
krankheiten zu heilen. Nach jeder
Dosis mit Zucker-Creme nach-
behandeln. Frappante Wirkung, von
Tausenden bestätigt. In all. Apotheken,
Drogerien, Parfümerie- und Feiler-
geschäften erhältlich.

Grundstück

gleich welcher Art (Wohnhaus,
Geschäftshaus, Gasthaus oder
Fabrik) möglichst bald zu über-
nehmen. Anzahlung beliebig.
Ausführliche Preisangebots. unt.
V. S. 17215 an Rud. Mosse,
Braunschweig.

Scherben-

Doktor

Recht! Leint! Ritt! alles
sofort tadellos und dauerhaft.
Zu haben bei:
Herrn. Gähler, Markt-Drog.

Zwangs-Versteigerung!

Am Mittwoch, den 17. August 1921

Nachmittags 12.30 Uhr

werde ich in der Wirtschaft Anton Dransfeld in Steinheim:

1 Jackett-Anzug und eine Hose

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Steinheim, den 12. August 1921.

Algermissen, Gerichtsvollzieher.

Habe einen größeren Posten **Wagen** verschiedener Größe abzugeben.

Darunter:

2 neue, leichte Adlerwagen

1 Viehtransportwagen

Reparaturen an Pflügen etc. etc.

Josef Bunte, Schmiedemeister

Steinheim i. Westf.



Dann erstens wäscht es
wundervoll, zweitens
schon und erhält es die
Wäsche, und drittens
spart es Arbeit, Seife und
Kohlen.

PERSIL

Ist das beste selbsttätige
Waschmittel!

Überall erhältlich
nur in Original-Packung,
niemals lose.

Alleinige Hersteller:
HENKEL & CIE.
DÜSSELDORF.



Winkler's Röllchen
wird sehr schnell
zu einem
sehr angenehmen
Bismarck-Braten
in der Hand.

In Steinheim zu haben bei:
Herrn. Gähler, Markt-Drog.

Körbe u. Kisten

gebe ab:

Heinr. Lühn.

Ältere Frau

oder Mädchen

die Garten und Kleinvieh ver-
sorgen kann, von alter einfacher
Dame nach Detmold gesucht.
Leichte Stelle. Angebote unter
Nr. 200 an die Geschäftsstelle
dies. Blattes erbeten.

Zukunft!

Kostenlos erhalten Sie Auf-
klärung über ihr ganzes
Leben, Gegenwart, Vergan-
genheit und Zukunft, zu
meinen graphol. Charakter-
skizzen.

Senden Sie 2 Mk., selbst-
geschriebenes Geburtsdatum
und Adresse und ich gebe
nähere Mitteilung. Dank-
schreiben massenhaft!

Fr. E. Zahn, Bremen

Teskowstr. 27.

Noch keine Entscheidung.

Die Sachverständigen.

Die vom Obersten Rat nochmals angerufenen Sachverständigen konnten sich nicht so schnell einigen, man ursprünglich erwartet hatte, so daß eine Verzögerung eintreten mußte. Nach Schluß der Sitzung der Sachverständigenkommission verbreitete sich in Paris das Gerücht, daß innerhalb der Kommission eine Meinungsverschiedenheit über die Aufstellung der Industriegebiete hervorgerufen sei. Nach Schluß der Sitzung des Obersten Rates demonstrierte Briand das Gerücht. Es liegt keine Meinungsverschiedenheit vor, erklärte der Ministerpräsident, aber die Tätigkeit der Sachverständigen ist belästigt und schwierig. Nach Mitteilung einer französischen Nachrichtenstelle bestätigt es sich andererseits, daß die Sachverständigen sich auf der Demarkationslinie des Grafen Störza zu einigen scheitern, die zu Gunsten Deutschlands leicht abgeändert werden wird. Im übrigen hat es auch diesmal den Anschein, als ob Lloyd George trotz seiner großen Worte wieder einmal umfallen werde.

Noch Berichtigung?

In Pariser parlamentarischen Kreisen behauptet man noch eine andere Möglichkeit. Nämlich die, daß die Aufstellung des Urteilspruches der Sachverständigenkommission übergeben wird, während General Lloyd und seine Kollegen sich demnach auf die Verhandlungen zurückziehen und alle Vorbereitungen in den angeführten Sinne treffen. Dann würden sich die verbündeten Premierminister zu einer neuen kurzen Konferenz in Paris, London oder Boulogne treffen, um das Protokoll zu unterzeichnen.

Grundtagungsphantasien.

Das Blatt „L'Homme Libre“ schreibt: Wir garantieren für die Wahrheit nachfolgender Information: In den letzten Tagen fand ein großer Rat in Berlin statt. Neben Präsident Ebert, der Kanzler Bartsch und zwei oder drei der hauptsächlichsten Minister haben die obersten Militärs dieser außerordentlichen Sitzung beigewohnt. Auch der Generalstab war anwesend. Man hat die Frage gestellt, ob Deutschland, falls es mit der obersteilsten Front nicht zufrieden ist, imstande sein werde, mit Frankreich und Polen Krieg zu führen. (!) Mit Ausnahme eines jungen Generals und eines Obersten aus dem Generalstab ging die allgemeine Meinung dahin, daß der Augenblick schlecht gewählt sei, daß Deutschland noch nicht genug vorbereitet ist und daß es besser sei zu warten. — Es wird in Frankreich immer deutlicher, daß selbst den allgeringsten Sinn glauben

„Luxemburger Schmutz“ entflohen. Der Freiburger Landgericht hatte zwei Luxemburger, belgische und französische Silberfranken nach der Schweiz schmuggeln wollten, zu je zwei Millionen Geldstrafe verurteilt. Die beiden Verurteilten sind aus dem Urteilsgefängnis entflohen und in einem dem Gerichtsportal haltenden Kraftwagen über die Rheinbrücke nach dem Elsass entkommen.

Keine Nachrichten.

Der Polizeikommissar Klefford aus Wiesbaden wurde ohne Angabe von Gründen von den Franzosen verhaftet und nach Mainz transportiert.

Im Alter von 67 Jahren starb der bekannte Orientalist der klassischen Philologie an der Würzburger Universität Dr. Thomas Stangl.

Die Befehlshaber der 1. Armee haben die Aufhebung der an der Westfront bestehenden 1. Armee beschlossen. Der Krieg der Westfront ist beendet.

Seit dem Waffenstillstand hat die britische Admiralität mehr als 500 Kriegsschiffe auf die Liste der veralteten Schiffe übergeben, darunter 38 Schlachtschiffe, zwei große Kreuzer, 300 Torpedobögel und 108 U-Boote.

30 italienische Studenten unter Führung ihres Lehrers sind in München eingetroffen, um eine längere Studienreise durch Deutschland zu unternehmen.

In Frankreich sind nach offiziellen Berichten während des Krieges 80 000 Soldaten an der Tuberkulose gestorben.

Der Buchdruckerstreik in Rheinbessen hat auch in Wiesbaden übergriffen. Die Zeitungen geben eine zeitweilige Notausgabe heraus.

In Carnabon (Wales) ist ein in Bronze gegossenes Denkmal Lloyd Georges errichtet und in Gegenwart einer großen Menschenmenge enthüllt worden.

In der Hamburger Metallindustrie sind sämtliche Arbeiter wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Auf der Elbe bei Altenwerder tenierte ein Segelboot von den Anläufen (4 Herren, 2 Damen) konnte nur schwer gerettet werden, fünf ertranken.

Der Kronprinz von Schweden wollte mit seiner Frau auf der Durchreise von Stockholm nach London in Hamburg.

Sport und Berkehr.

Atlantikflug. Das von Amerika angekaufte Luftschiff „Z R 2“ wird am 25. August den Hafen in Hoboken (N.Y.) in England verlassen, um seinen Flug über den Atlantischen Ozean anzutreten. Je nach den atmosphärischen Umständen dauert die Fahrt des Schiffes die Fahrt in drei bis fünf Tagen zurückzulegen.

Der deutsche Rekord im 3000 Meter-Schwimmen von dem Duisburger Ruderer wurde am 12. August um 26,2 Sekunden verbessert worden. — Der bisherige Rekord stand auf 12:37,6 (Hermann Müller).

Das Nordmarkfest in Flensburg war nicht ein sportliches, sondern auch ein nationales Fest. Mit endlosem Jubel wurde die Rede Jakob Jacobs aus Tondern, der das Treugelübte der deutschen Norddeutschen befand, aufgenommen. Heinrich von Preußen war als Gast erschienen.